Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

21.02.2019

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente 5
Niederschrift (öffentlich) 5
Anlage 1 zur Niederschrift TnVerz 190221 15
Anlage 2 zur Niederschrift Produktgruppe FLÜ 19
Anlage 3 zur Niederschrift Produkt Unterbringung FLÜ 21
Anlage 4 zur Niederschrift Produkt Leistungen AsylBLG 23
Anlage 5 zur Niederschrift Produkt Betreuung FLÜ 25

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
21.03.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
FB 5 Jugend und Soziales
Schriftführung
Gitta Stitz
Telefon-Nr.
02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 21.02.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:06 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 29.11.2018 - öffentlicher Teil**
0060/2019

4 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5.1 **Frauenpolitische Informationen**
0061/2019

6 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

7 **Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0048/2019

8 **Konzept Intensivierung der Straßensozialarbeit in Kooperation mit Netzwerk Wohnungsnot / Caritas Suchthilfen inkl. Reaktivierung des Standortes an der Dr.-Robert-Koch-Straße incl. qualifiziertes Betreuungsangebot**
0013/2019

9 **Fortschreibung des Integrationskonzepts**
0047/2019

10 **Antrag auf Weiterförderung der Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff"in der KiWo Bensberg durch den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**
0015/2019

11 **Antrag auf einen Zuschuss für das Mentorenprojekt Bergisch Gladbach**
0016/2019

12 **Antrag auf die weitere Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg**
0033/2019

13 **Anträge der Fraktionen**

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

14.1 **Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2019 (eingegangen am 12.02.2019) zur Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben**
0110/2019

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 21. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis *(Anlage)* ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.
Die Vorsitzende weist auf die ausliegende Tischvorlage DR 0110/2019 „Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2019 (eingegangen am 12.02.2019) zur Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben“ hin. Die Vorsitzende schlägt unter Zustimmung der Ausschussmitglieder vor, die Vorlage unter TOP 14 „Anfragen der Ausschussmitglieder“ als TOP 14.1 zu beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 29.11.2018 - öffentlicher Teil
0060/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende teilt für die CDU-Fraktion mit, dass Herr Dr. Bernhauser die Sprecherfunktion an Herrn Kockmann abgegeben hat.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig weist unter Bezugnahme auf die öffentliche Diskussion um die Gewährleistung der hausärztlichen Versorgung in den Kommunen darauf hin, dass die Kassenärztliche Vereinigung für die Stadt Bergisch Gladbach einen fiktiven Versorgungsgrad von 106,4 % ermittelt hat. Frau Hellwig führt weiter aus, die Jugendhilfe- und Sozialdezernentenkonferenz beschäftige sich am 15.03.2019 mit einer diesbezüglichen Vorlage und es gebe auch einen Antrag der Kreistagsfraktion von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den kommenden Ausschuss des Kreises. Frau Hellwig schlägt vor, dem ASWDG die Unterlagen im Anschluss an diese Sitzungen zusammen mit einer Präsentation der Kassenärztlichen Vereinigung im Rahmen einer Vorlage zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag.

5.1. Frauenpolitische Informationen
0061/2019

Die Vorsitzende bezieht sich zu den Punkten 3 und 5 der Vorlage auf im Vorfeld an Frau Fahner gerichtete Fragen zu der aktuellen Situation in Bergisch Gladbach.

Zu Punkt 3 „Neues Förderprogramm des Bundes für Frauenhäuser und -beratungsstellen" führt Frau Fahner aus, zusätzliche Mittel des Bundes seien auf Nachfrage bei der Frauenberatungsstelle dort noch nicht angekommen.
Zu Punkt 5 „Ministerin Scharrenbach startet eine Studie zum Schutz- und Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen" berichtet Frau Fahner nach Rücksprache mit der Kreispolizeibehörde, dass es in 2018 im RBK 200 Rückkehrverbote nach häuslicher Gewalt gegeben habe. Im Jahr 2017 seien 156 Rückkehrverbote ausgesprochen worden. Auf einzelne Kommunen bezogene Daten lägen der Kreispolizeibehörde nicht vor.

Frau Münzer fragt zu Punkt 6 der Vorlage „Beratungsstelle für Mädchen fehlen die Mittel", ob sich die Anzahl von 501 Kontakten in die Anzahl jeweils deutscher und ausländischer Mädche aufschlüsseln lasse.

Frau Fahner kündigt im Einverständnis mit den Ausschussmitgliedern an, die noch zu erfragenden Zahlen im Protokoll mitzuteilen. *(Red. Anmerkung: Nach Auskunft der Mädchenberatungsstelle beläuft sich im Bereich Prävention der geschätzte Anteil der Mädchen mit Migrationshintergrund in 2018 auf 49 %, nämlich 216 von insgesamt 443 Mädchen. Weitere Zahlen wurden von der Mädchenberatungsstelle nicht erhoben.)*

Frau Scheerer regt angesichts der steigenden Anzahl von Ratsuchenden in der Beratungsstelle für Mädchen an, für den nächsten Haushalt zu überlegen, dort wenigstens eine bestimmte Summe einzustellen.

Frau Holz-Schöttler schließt sich dem Vortrag von Frau Scheerer an. Frau Holz-Schöttler fragt an, ob zusätzlich z.B. ein Sponsorenlauf durchgeführt werden könne, um die wichtige Arbeit der Mädchenberatungsstelle zu unterstützen.

Frau Fahner berichtet, die Mädchenberatungsstelle finanziere sich in diesem Jahr ausschließlich aus Sponsorengeldern. Sie habe trotz der gestiegenen Nachfragen und Beratungszahlen die Arbeitszeit reduzieren müssen, um überhaupt für das ganze Jahr die Beratungsleistung finanzieren zu können. Es sei wirklich bemerkenswert, dass die Mitarbeiterinnen trotz der aktuellen Rahmenbedingungen ihre lösungsorientierte Arbeit immer weiter fortsetzten. Frau Fahner betont, es werde der Mädchenberatung wirklich sehr weiterhelfen, in irgendeiner Form eine Verlässlichkeit der Finanzierung zu erhalten.

Frau Holz-Schöttler regt an, dass die Politik die Finanzierung der Mädchenberatungsstelle im Auge behalte und gleichermaßen auch der Kämmerer. Vielleicht sei zu gegebener Zeit eine Kostenaufstellung der Mädchenberatungsstelle hilfreich. Frau Holz-Schöttler berichtet, sie kenne die insbesondere im Bereich der Prävention sehr wichtige Arbeit der Frauen- und Mädchenberatungsstelle seit Jahrzehnten. Es sei wirklich sinnvoll, den großen Druck der finanziellen Unsicherheit von den Mitarbeiterinnen zu nehmen.

Herr Stein antwortet, da es sicher sehr schwierig werde - wenn es auch überlegenswert sei -die geschilderte Arbeit unter eine Pflichtaufgabe zwingend zu subsummieren, müsse ein solches Engagement der Stadt in den jetzt schon faktisch überzeichneten Korridor der freiwilligen Leistungen eingepasst werden. Dennoch nehme er die Anregung mit, dass die Verwaltung diese Frage auch bereits für 2020, gerne in Zusammenarbeit mit Frau Fahner, ernsthaft prüfe.

Frau Münzer bekräftigt, sie wisse aus ihrer Betreuung von Flüchtlingsfamilien, wie wichtig die Arbeit der Mädchenberatungsstelle und deren Förderung sei. Frau Münzer berichtet, zum Thema Genitalverstümmelung seien Tendenzen erkennbar, wonach betroffene Frauen die Beschneidung

ihrer kleinen Töchter befürworteten. Für dieses wichtige Thema kenne sie keine andere Stelle, die sie betroffenen Frauen oder Mädchen zur Beratung nennen könne.

Die Vorsitzende bezieht sich auf Herrn Steins vorherigen Redebeitrag und empfiehlt auch die intensive Beratung im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit weist auf die auf den Tischen liegenden Beschlussergebnisse des Integrationsrates zu den Tagesordnungspunkten 10, 11 und 12 der heutigen Sitzung hin. Es handele sich jeweils um wichtige und unterstützenswerte Projekte, weshalb er sich über eine Bestätigung in diesem Ausschuss freue.

7. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach
0048/2019

Herr Jungbluth bezieht sich auf die Ausführungen auf Seite 18 der Einladung, wonach sich unter den 607 Personen im Asylbewerberleistungsbezug 352 ohne Duldung befinden. Herr Jungbluth möchte wissen, wie viele abgelehnte Personen in Bergisch Gladbach untergebracht sind. Frau Tillmann kündigt an, diese Zahlen bei der Ausländerbehörde zu erfragen und im Protokoll mitzuteilen. *(Red. Anmerkung: Die Ausländerbehörde teilte mit, dass es aktuell 245 abgelehnte Ausreisepflichtige in Bergisch Gladbach gibt. Insgesamt gibt es 317 Geduldete - inkl. Ausbildungsduldungen, ggf. mit Familienangehörigen - in Bergisch Gladbach.)*

Herr Weber fragt für seine Fraktion nach der Konstellation der Familien, die demnächst in Bergisch Gladbach eine Wohnung bräuchten und wie die Verwaltung angesichts der schwierigen Wohnungsmarktlage mit der Problematik der Unterbringung dieser 200 Menschen umgehen wolle.

Herr Kockmann weist darauf hin, dass die Genehmigung für den Containerstandort in Paffrath 2019 und die für den Standort in Lückerath im Jahr 2020 ausläuft. Nach seiner Kenntnis seien noch zwischen 220 und 280 Menschen dort untergebracht, unter Umständen solle der Platz in Katterbach neu aktiviert werden. Herr Kockmann hält es nicht für möglich, so viele Personen am freien Wohnungsmarkt untergebracht zu bekommen. Deswegen und auch im Hinblick auf eine möglicherweise irgendwann kommende neue Flüchtlingswelle solle die Verwaltung alles tun, um möglichst Reserveflächen zu behalten. Herr Kockmann führt weiter aus, er halte es für fatal, die vor 2 oder 3 Jahren für viel Geld geschaffenen Werte vernichten und dann neu investieren zu müssen.

Herr Stein bestätigt die öffentliche Kommunikation darüber, dass die Standorte Lückerath und IGP, Franz-Heider-Straße, aus berechtigten Gründen in absehbarer Zukunft aus dem Betrieb genommen werden sollen und müssen. Der zurzeit nicht betriebene Standort Katterbach werde für den Fall eines eher unwahrscheinlichen erneuten großen Flüchtlingszuzugs als Reserveoption vorgehalten. Die aktuelle Beobachtung zeige vielmehr eine spürbare stetige Reduzierung, die optimistisch stimme, gute Chancen für die Realisierung der demnächst notwendigen Unterbringungen im privaten Wohnraum zu haben.

Frau Hellwig ergänzt Herrn Steins Ausführungen, die Verwaltung wolle die Familien unterschiedlicher Größe natürlich gerne in Wohnungen unterbringen, auch um deren Integration zu erleichtern. Frau Hellwig drückt in diesem Zusammenhang ihre Freude über die hohe ehrenamtliche Tätigkeit in Bergisch Gladbach aus. Es sei spürbar, dass die Stadtgesellschaft der Verwaltung zur Seite stehe, um auch dieses Ziel zu erreichen. Neben den Familien gebe es insbesondere alleinstehende junge Männer. Von den engagierten Sozialarbeiter*innen im Fachbereich 5 sei aufgrund ihrer Erfahrung die Idee gekommen, alternativ zur Einzelbelegung in kleinen Wohnungen möglicherweise Wohngemeinschaften zu bilden, in denen Menschen, die sich hier kennengelernt haben und gut verstehen, untergebracht werden könnten. Die Stadtverwaltung verfüge neben den Containerstandorten auch noch über feste Unterkünfte mit freien Plätzen.

Frau Stauer weist auf ein in der SPD-Fraktion diskutiertes Konzept „Wohnen für Hilfe“ hin, das in anderen Städten in anderen Zusammenhängen bereits praktiziert werde und das möglicherweise für Bergisch Gladbach auch sinnvoll sei.

Die Vorsitzende heißt es gut, grundsätzlich die Diskussion für die verschiedenen Varianten zu öffnen.

Auf Nachfrage von Herrn Kraus informiert Frau Tillmann, dass Personen ohne Duldung Flüchtlinge seien, die auf eine Entscheidung zu ihrer Asylberechtigung warteten und im Leistungsbezug seien. Herr Stein ergänzt, dass diese Personen deshalb keiner Duldung bedürften, weil diese sich nach dem Aufenthaltsgesetz aus dem laufenden Verfahren ergebe.
Herr Stein informiert weiter, der Status der Duldung gelte für abgelehnte Personen, bei denen es aus zielstaatbezogenen oder personenbezogenen individuellen Gründen nicht möglich sei, ihren Aufenthalt im Bundesgebiet durch Abschiebung und andere Maßnahmen zu beenden.

Herr Kockmann weist darauf hin, dass Integration in vielen Fällen vor allem über eine berufliche Perspektive geschehe, was nach seiner ehrenamtlichen Erfahrung an unzureichenden sprachlichen Voraussetzungen der Flüchtlinge scheitere. Herr Kockmann möchte wissen, was die Verwaltung tue, um den Betroffenen eine bessere sprachliche Eignung zu vermitteln.

Herr Kraus fragt Herrn Stein, ob die bundespolitische Maßnahme „Weiterreichung der kompletten Integrationspauschale an die Kommunen“ auch umgesetzt werde.

Herr Stein bestätigt, das Land leite die Bundesmittel komplett weiter. Das sei sehr erfreulich, führe aber nicht dazu, dass die Produktgruppe Flüchtlinge, die sich aus den Teilbereichen Unterbringung, Leistungen an Asylbewerber und Betreuung von Flüchtlingen zusammensetze, im Ergebnis auf Null komme, sie sei nach wie vor defizitär. Herr Stein kündigt die Darstellung des Gesamtergebnisses sowie Listen aus der Produktgruppe Flüchtlinge als Anlage zur Niederschrift an *(s. Anlagen)*. Herr Stein führt weiter aus, die Aufgabe der beiden großen Unterkünfte und der Übergang zur Mietwohnungsnutzung werde perspektivisch zu einer positiven fiskalischen Entwicklung führen, denn die großen Einrichtungen seien wegen des Aufwandes für Betreuung, Sicherung etc. teurer als Mietwohnungen.
Auch zum Thema Arbeitsmarkt, so informiert Herr Stein weiter, gehe er von einer vordergründigen fiskalischen Verbesserung aus, weil die Zahl der Berechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sich reduziere und die Zahl derjenigen, die mit dem Leistungsbezug nach SGB II in die Zuständigkeit des Jobcenters und des Kreises fielen, zunehmen werde.
Die von Herrn Kockmann angesprochene notwendige Qualifizierung der Flüchtlinge durch den Erwerb der deutschen Sprache sei also eine sinnvolle und sehr wichtige Aufgabe des Jobcenters, das für die effektive Nutzung der entsprechenden Programme sorge.

Frau Koshofer informiert, ihre Fraktion sei an den von Herrn Stein angekündigten Listen sehr interessiert. Die Verwaltung habe einen enormen Aufwand, und es sei wichtig nachzuvollziehen, wie viel Geld in diese Bereiche fließe.

Herr Kraus fragt an, wie viele ehemals Geflüchtete bei der Stadt Bergisch Gladbach in irgendeinem Arbeitsverhältnis angestellt sind.

Herrn Stein ist die Anzahl nicht bekannt. Er kündigt die Beantwortung der Frage im Protokoll an.
(Red. Anmerkung: Die Stadtverwaltung erfasst im Rahmen von Einstellungen nicht, ob es sich um geflüchtete Menschen handelt. Einer solchen Erfassung stünden auch datenschutzrechtliche Gründen entgegen, da diese Angabe für die Bearbeitung der Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis stehen, nicht erforderlich ist.)

8. **Konzept Intensivierung der Straßensozialarbeit in Kooperation mit Netzwerk Wohnungsnot / Caritas Suchthilfen inkl. Reaktivierung des Standortes an der Dr.-Robert-Koch-Straße incl. qualifiziertes Betreuungsangebot**
0013/2019

Herr Stein weist ergänzend zur Vorlage darauf hin, dass das Konzept evaluiert und nach Ablauf von 2 Jahren ein Erfahrungsbericht im Ausschuss vorgestellt werden solle. Dann könne beraten werden, ob sich das Konzept bewährt habe oder ob es Modifikationen gebe. Die Mittel seien durchgehend etatisiert, so dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für eine Fortsetzung nach zwei Jahren gegeben seien.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig bei Enthaltung aller Stimmen der CDU-Fraktion folgenden (unveränderten) **Beschluss:**

1. **Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des angefügten Konzeptes dergestalt, dass**

   - **die ohne zusätzliche Haushaltsmittel möglichen Konzeptbestandteile zeitnah realisiert werden**

     und

   - **die nur mit zusätzlichen Haushaltsmitteln realisierbaren Konzeptteile so vorbereitet werden, dass sie nach Haushaltsgenehmigung unverzüglich umgesetzt werden können.**

2. **Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass es sich bei der Umsetzung des angefügten Konzeptes dem Grunde nach um eine Pflichtaufgabe handelt, die im pflichtgemäßen Ermessen der Stadt und im Zuständigkeitsbereich der Abteilung Soziale Förderung des FB 5 liegt.**

9. **Fortschreibung des Integrationskonzepts**
0047/2019

Herr Kockmann bezieht sich auf die Vorlage und fragt, warum sich die Fortschreibung des Integrationskonzepts in das zweite Quartal 2019 verschiebe.

Herr Tillmann berichtet, im zweiten Halbjahr 2018 sei eine Integrationskonferenz durchgeführt und in der Folge eine Reihe von Arbeitsgruppen-Sitzungen organisiert worden. Die Ergebnisse aus diesen Maßnahmen seien dem Institut für Soziale Innovation in Solingen übermittelt worden, das sie ausgewertet und am Vorbild des letzten gültigen Integrationskonzeptes orientiert aufbereitet habe. Dieser Prozess habe länger als erwartet gedauert. Aktuell werde das fortgeschriebene Integrationskonzept im Fachbereich 5 mit Hochdruck redaktionell bearbeitet.

10. **Antrag auf Weiterförderung der Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff"in der KiWo Bensberg durch den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach**
0015/2019

Die Vorsitzende weist bezüglich der einstimmigen Beschlussempfehlung des Integrationsrates auf den auf den Plätzen ausliegenden Vorabauszug hin.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden (unveränderten) **Beschluss:**

Der Gewährung des Zuschusses für die Finanzierung der Kinderbetreuung im „DeutschLernTreff“ in der Kontaktstelle im Wohnpark in Bensberg (KiWo) aus Mitteln des Integrationskonzeptes wird zugestimmt. Die Kosten für die Maßnahme belaufen sich auf 1.256,00€ für das Jahr 2019.

11. Antrag auf einen Zuschuss für das Mentorenprojekt Bergisch Gladbach

0016/2019

Frau Holz-Schöttler begrüßt es sehr, dass 5.000 € zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie fragt, wie viel Geld für das Projekt noch fehle.

Herr Tillmann berichtet, das Mentorenprojekt sei eine Maßnahme der Evangelischen Kirchengemeinde Stadtmitte und umfasse eine halbe Stelle im Wert von etwa 28.000 €. In den Jahren 2016, 2017 und 2018 seien die Gelder durch die Rheinische Landeskirche, durch Spendengelder und durch Stiftungsgelder der Evangelischen Kirchengemeinde aufgebracht worden, die in 2019 nicht mehr zur Verfügung stünden. Einzig die Rheinische Landeskirche habe sich verpflichtet noch ein ¼ der 28.000 € zu übernehmen. Daraufhin habe die Evangelische Kirchengemeinde einen Beitrag von 10.000 € ausgelobt. Der Integrationsrat habe deshalb dankenswerterweise auch 5.000 € als Zuschuss beschlossen, so dass aktuell eine Deckung von 22.000 € vorliege. Danach fehlten noch 6.000 €, die aber in diesem Jahr nicht mehr in dem Umfang zum Tragen kommen könnten, weil die vorherige Stelleninhaberin Ende letzten Jahres die Kirchengemeinde verlassen habe. Aktuell laufe ein Ausschreibungsverfahren für die Nachbesetzung. Bei einer möglichen Neubesetzung am 01.04. diesen Jahres falle die Finanzierung für ein Quartal weg, was dann mehr als die jetzt defizitären 6.000 Euro ausmache.

Herr Jungbluth folgert aus Herrn Tillmanns Ausführungen, dass rein rechnerisch der Bedarf in diesem Jahr nicht existiere.

Herr Tillmann bestätigt dies aufgrund der aktuellen Entwicklung zu der Stelle und der eben gemachten Zusammenrechnung der vorhandenen finanziellen Zusagen.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Die Ausschussmitglieder fassen mehrheitlich, gegen die Stimme der Fraktion mitterechts, folgenden (unveränderten) **Beschluss:**

Der Gewährung des Zuschusses für die Teilfinanzierung des Mentorenprojekts Bergisch Gladbach aus Mitteln des Integrationskonzeptes wird zugestimmt. Der Zuschuss für das Jahr 2019 beträgt 5.000,00 €.

12. Antrag auf die weitere Finanzierung von Deutschkursen für Frauen in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg

0033/2019

Auf Nachfrage von Herrn Reiter bestätigt Herr Tillmann, dass es sich bei den Inhalten zu TOP Ö10 und TOP Ö12 um dieselbe Maßnahme handele. In TOP Ö12 gehe es um die Entgelte für die Kursleiterinnen, die den Müttern in Schulungen jeweils montags und mittwochs die deutsche Sprache näherbrächten, TOP Ö10 beziehe sich auf die daran angeschlossene Kinderbetreuung für die Kleinkinder.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden (unveränderten) **Beschluss:**

Der Gewährung des Zuschusses für die Weiterfinanzierung des Alphabetisierungskurses und des niederschwelligen Deutschkurses in der Kontaktstelle im Wohnpark in Bensberg (KiWo) aus Mitteln des Integrationskonzeptes wird zugestimmt. Die Höhe des Zuschusses für die Maßnahme beläuft sich auf 2.200€.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Jungbluth bezieht sich auf Frau Münzers Ausführungen zum Thema Genitalverstümmelung unter TOP 5 und fragt, ob der Verwaltung solche Fälle bekannt seien und welche Maßnahmen das Jugendamtes ergriffe, wenn die Absicht einer Genitalverstümmelung bekannt werde.

Frau Münzer berichtet, es gebe nur Dunkelziffern und Vermutungen. Die Mädchen- und Frauenberatungsstelle AnBe, die alleinreisende Frauen mit ihren Kindern berate, wisse um das Thema, das sich nach ihrem Kenntnisstand auf die Frauen aus dem afrikanischen Raum beziehe.

Frau Fahner bestätigt Frau Münzers Aussage und führt aus, die Stadt Bergisch Gladbach werde wahrscheinlich zuletzt von einem konkreten Vorhaben erfahren. Bekanntlich gebe es weltweit einzelne Frauen, die an die Öffentlichkeit gingen mit diesem schrecklichen und für uns nicht nachvollziehbaren Phänomen, das tief in den afrikanischen Kulturen verwurzelt sei. Der Arbeitskreis „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ habe mit den verschiedenen Beratungsstellen und mit Schulen versucht, sich diesem Thema zu nähern und gemerkt, wie unglaublich schwierig das sei. Vermutlich seien Frauenärztinnen und -ärzte noch am nächsten an der Problematik der Genitalverstümmelung.

Frau Koshofer weist auf die Broschüren hin, die die zugereisten Menschen über die Verhältnisse in Deutschland informierten, sowie auf die vielen Angebote zum Thema und regt eine persönliche Kontaktaufnahme mit den betroffenen Menschen an.

Frau Münzer empfiehlt einen von Frau Atug-Schmitz, der kirchlichen Koordinatorin für Flüchtlingsfragen, initiierten Vortrag der Agisra Köln am 25. März in Bergisch Gladbach zum Thema „Weibliche Genitalverstümmelung“, voraussichtlich im Laurentiushaus. Die Ankündigung der Veranstaltung werde sicher bald veröffentlicht.

Die Vorsitzende dankt für die Information.

Herr Basyigit berichtet, bezüglich der Thematik der Genitalverstümmelung habe der Integrationsrat im vergangenen Jahr eine Kooperation mit AnBe geschlossen, in der gerade die Arbeit zum Thema „Keine Genitalverstümmelung“ finanziell unterstützt werde mit dem Ziel, potentiell betroffene Frauen zu beraten. Es werde eine Auftaktveranstaltung geben, über die er im Vorfeld informiere, um den Ausschussmitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen.

Frau Stauer regt an, die in afrikanischen Ländern bei kritischen Themen oft genutzte Möglichkeit des fachkompetenten Theaters ins Auge zu fassen. Damit werde die Sensibilität gegenüber diesem Tabuthema gewahrt und dennoch würden die betroffenen Menschen präventiv mit dem Thema konfrontiert.

Herr Stein weist auf eine von der Arbeitsgemeinschaft der Leverkusener Frauenberatungsstellen und -verbände organisierte Diskussionsveranstaltung mit der Autorin Fadumo Korn hin, die er vor einigen Jahren im Rahmen seiner Tätigkeit für die Stadt Leverkusen mitgestaltet habe. Frau Korn

lebe seit 30 Jahren in München, sei aber in Somalia aufgewachsen und als Opfer von Genitalverstümmelung selbst Betroffene. Herr Stein berichtet, er persönlich habe die Diskussion als sehr weiterführend empfunden, weil vieles deutlich wurde, was aus der Binnenperspektive gar nicht zu verstehen sei. Er könne den Kontakt zu Frau Korn herstellen, wenn als bürgerschaftliches Engagement eine solche Annäherung an das schwierige Thema gewünscht sei.

14.1. **Schriftliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2019 (eingegangen am 12.02.2019) zur Gewährung existenzsichernder Leistungen ab 01.01.2020 für Menschen mit Behinderung, die in stationären Wohnangeboten leben**
0110/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Information, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.02 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzungsort:	**Sitzungstag:**	**Sitzungsdauer:**
Rathaus Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach	21. Februar 2019	17.00 Uhr bis 18.06 Uhr

Ausschussmitglied:	**Vertretung:**	**Anwesenheit von - bis:**	**Unterschrift**
Dr. Bernhauser, Johannes			
Schacht, Rolf-Dieter	Krantz, Rolf-Martin		
Gürster, Ulrich (s.B)			
Holtzmann, Petra (Vors.)			
Münzer, Mechtild			
Pick, Rudolf		ab 17.13 Uhr	
Kockmann, Karlheinz Bernhard			
Göbels, Wolfgang			
Holz-Schöttler, Brigitte (stellv. Vors.)		ab 17.07 Uhr	
Stauer, Ute			
Krasniqi, Kastriot	Kleine, Nikolaus		
Bähner-Sarembe, Marta	~~Kreutz, Marcel~~		

Ausschussmitglied:	Vertretung:	Anwesenheit von – bis:	Unterschrift
Weber, Dirk			
Scheerer, Anna Maria			
Heiß, Dagmar (s.B.)			
Koshofer, Ingrid			
Stark, Hans (s.B)	Jungbluth, Torsten		
Beratendes Mitglied:			
Misini, Lucie	Reiter, Roland (s.B.)		
Beratende Mitglieder:			
Basyigit, Saim (s.E.) *(Integrationsrat)*			
Klein, Manfred (s.E.) *(Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung)*			
Mertes, Gila (s.E.) *(Seniorenbeirat)*			

Verwaltung		
Stein, Frank	VVI	
Hellwig, Sabine	Fachbereichsleitung 5, Jugend und Soziales	
Tillmann, Christiane	Fachbereich 5, Jugend und Soziales	
Tillmann, VLR	FB 5, Jugend und Soziales	
Fahner, Michaela	03, Stabsstelle Frauenbüro/ Gleichstellungsstelle	
Stitz, Gitta	Schriftführerin	

Gäste:

.....

Übersicht Erträge und Aufwendungen im Flüchtlingsbereich 2014 - 2020 Stadt Bergisch Gladbach

Auswertung aus INFOMA bzw. KIRP (Teilergebnispläne)

Stand: 08.01.2019

	Plan	Plan	vorläufig	Ist	Ist	Ist	Ist
	2020	**2019**	**2018**	**2017**	**2016**	**2015**	**2014**
ord. Erträge	8.201.377,00 €	9.742.243,00 €	7.383.394,00 €	10.966.545 €	17.056.908 €	7.992.568 €	1.673.872 €
ord. Aufwendungen	15.019.061,00 €	14.979.505,00 €	12.698.681,00 €	16.809.156 €	24.908.333 €	12.210.295 €	4.166.352 €
ord. Ergebnis	**-6.817.684 €**	**-5.237.262 €**	**-5.315.287 €**	**-5.842.611 €**	**-7.851.425 €**	**-4.217.727 €**	**-2.492.480 €**

In den ordentlichen Aufwendungen sind auch die Personalkosten für das eigene Personal enthalten.

P05_530_1: Unterbringung von Flüchtlingen	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
E4320060: Entgelt Übergangsheime	2.600.000	2.400.000	3.438.635	3.438.635	3.438.635
EE04: 04 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.600.000	2.400.000	3.438.635	3.438.635	3.438.635
E4411000: Erträge Mieten u.Pachten Stadt	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
E4461000: Sonst.priv.Leistungsentgelte	162.000	170.000	170.000	170.000	170.000
EE05: 05 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	197.000	205.000	205.000	205.000	205.000
E4484010: Erstatt.v.sonst.öff.Bereich (nur FB 1)	42.831	43.965	43.965	43.965	43.965
EE06: 06 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.831	43.965	43.965	43.965	43.965
EE10: 10. = Ordentliche Erträge	2.839.831	2.648.965	3.687.600	3.687.600	3.687.600
K5011000: Bezüge der Beamten	105.222	116.256	119.744	123.336	127.137
K5012000: Vergütungen tarifliche AN	772.420	789.993	813.693	838.104	863.247
K5022000: ZVK tarifliche AN (PG)	58.238	58.794	60.558	62.375	64.246
K5032000: SV AG-Anteil tarifliche AN	160.467	163.245	168.142	173.187	178.382
K5051000: Zuführung Pensions-RS aktive Beamte	32.216	29.284	30.163	31.067	31.999
K5061000: Zuführung Beihilfe-Rückstellung	7.231	7.782	7.938	8.096	8.258
KE11: 11. - Personalaufwendungen	1.135.794	1.165.354	1.200.237	1.236.164	1.273.269
K5241000: Aufwand f.Energie/Wasser/Abwasser	850.000	850.000	686.800	693.668	700.605
K5241010: Gebrauchsgegenstände	130.000	150.000	171.700	173.417	175.151
K5241140: Aufwand für Unterhalt.Grundstück/Gebäude	200.000	205.000	207.050	209.121	211.212
K5241400: Aufwand Bewirtschaftg.Grundst./Gebäude	600.000	600.000	499.950	504.950	509.999
K5251110: KFZ Treibstoff	14.000	15.000	15.150	15.302	15.455
K5251161: KFZ Werkstattkosten an AWB	28.000	30.000	30.300	30.603	30.909
K5251171: KFZ Servicepauschale an AWB	8.000	8.500	8.585	8.671	8.758
KE13: 13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.830.000	1.858.500	1.619.535	1.635.730	1.652.088
K5416000: Aufwand für Dienst-/Schutzkleidung	9.500	9.500	9.595	9.691	9.788
K5422050: Mieten, Pachten, Erbbauzinsen Dritte	3.900.000	3.860.000	3.434.000	3.468.340	3.503.023
K5422107: Miete KFZ/ Geräte o.ä. EBGL	34.000	34.000	34.340	34.683	35.030
K5422950: Nebenkosten Vermietung Dritte	402.000	385.000	388.850	392.739	396.666
K5430000: Geschäftsaufwendungen	2.700.000	2.700.000	2.525.000	2.550.250	2.575.753
K5441050: Aufwend.f.Schadensfälle	5.000	5.000	5.050	5.101	5.152
K5441090: Versicherungsbeiträge	70.000	71.500	72.215	72.937	73.667
KE16: 16. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.120.500	7.065.000	6.469.050	6.533.741	6.599.078
KE17: 17. = Ordentliche Aufwendungen	10.086.294	10.088.854	9.288.822	9.405.635	9.524.435
DE18: 18 = Ordentliches Ergebnis	-7.246.463	-7.439.889	-5.601.222	-5.718.035	-5.836.835
DE21: 21. = Finanzergebnis	0	0	0	0	0
DE26: 26. = Jahresergebnis	-7.246.463	-7.439.889	-5.601.222	-5.718.035	-5.836.835

P05_530_2: Leistungen an Asylbewerber	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
E4141000: Zuweisungen vom Land laufend	4.350.000	3.000.000	3.123.300	3.248.232	3.378.161
EE02: 02 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.350.000	3.000.000	3.123.300	3.248.232	3.378.161
EE10: 10. = Ordentliche Erträge	4.350.000	3.000.000	3.123.300	3.248.232	3.378.161
K5011000: Bezüge der Beamten	105.360	113.148	116.543	120.039	123.738
K5012000: Vergütungen tarifliche AN	299.202	305.741	314.913	324.361	334.092
K5016000: Veränderung Urlaubs-RS	117	120	121	122	124
K5017000: Veränderung Überstunden-RS	249	257	260	262	265
K5022000: ZVK tarifliche AN (PG)	24.849	24.717	25.459	26.222	27.009
K5032000: SV AG-Anteil tarifliche AN	62.370	63.180	65.075	67.028	69.038
K5051000: Zuführung Pensions-RS aktive Beamte	38.709	37.446	38.569	39.726	40.918
K5061000: Zuführung Beihilfe-Rückstellung	10.014	10.731	10.946	11.165	11.388
KE11: 11. - Personalaufwendungen	540.870	555.340	571.886	588.925	606.572
K5338000: AsylbLG laufende Leistungen außerhalb § 2	1.700.000	1.700.000	1.734.000	1.768.680	1.804.054
K5338010: AsylbLG Krankenhilfe in Einrichtungen §2	600.000	600.000	765.000	780.300	795.906
K5338020: AsylbLG Grundleist.als Sachleistg. § 3	850.000	850.000	2.856.000	2.913.120	2.971.382
K5338030: AsylbLG Krankenhilfe außerh.Einrichtungen §3	250.000	250.000	204.000	208.080	212.242
K5338040: AsylbLG Krankenhilfe in Einrichtungen §3	100.000	100.000	51.000	52.020	53.060
K5338060: AsylbLG sonst.Leistg.Geldleistungen außerh.§6	100.000	100.000	81.600	83.232	84.897
K5338070: AsylbLG Krankenhilfe außerh.Einrichtungen §2	500.000	500.000	459.000	468.180	477.544
KE15: 15. - Transferaufwendungen	4.100.000	4.100.000	6.150.600	6.273.612	6.399.084
K5429000: Aufwend.Rechte und Dienste	1.545	1.545	1.560	1.576	1.592
K5431200: Kontoführungsgeb.(Finanzaufw.)	250	250	253	255	258
KE16: 16. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.795	1.795	1.813	1.831	1.849
KE17: 17. = Ordentliche Aufwendungen	4.642.665	4.657.135	6.724.299	6.864.368	7.007.506
DE18: 18 = Ordentliches Ergebnis	-292.665	-1.657.135	-3.600.999	-3.616.136	-3.629.344
K5517000: Zinsaufwend. an Kreditinstitute	800	800	800	800	800
KE20: 20. - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	800	800	800	800	800
DE21: 21. = Finanzergebnis	-800	-800	-800	-800	-800
DE26: 26. = Jahresergebnis	-293.465	-1.657.935	-3.601.799	-3.616.936	-3.630.144

P05_530_3: Betreuung von Flüchtlingen	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
E4141000: Zuweisungen vom Land laufend	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412
EE02: 02 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412
EE10: 10. = Ordentliche Erträge	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412	2.552.412
K5011000: Bezüge der Beamten	36.601	37.750	38.883	40.049	41.283
K5012000: Vergütungen tarifliche AN	96.190	117.917	121.455	125.099	128.852
K5015000: Zuführung ATZ-Rückstellung	8.134	0	0	0	0
K5022000: ZVK tarifliche AN (PG)	13.291	15.579	16.046	16.528	17.024
K5032000: SV AG-Anteil tarifliche AN	32.460	38.842	40.007	41.207	42.444
K5051000: Zuführung Pensions-RS aktive Beamte	14.543	13.421	13.824	14.238	14.665
K5061000: Zuführung Beihilfe-Rückstellung	3.287	3.523	3.593	3.665	3.739
KE11: 11. - Personalaufwendungen	204.506	227.032	233.808	240.787	248.006
K5235306: Erst.Personalkosten an GLS	44.000	44.000	0	0	0
K5281370: Sonstige Aufw.f.Dienstleistungen Korridor	2.040	2.040	2.060	2.081	2.102
KE13: 13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.040	46.040	2.060	2.081	2.102
KE17: 17. = Ordentliche Aufwendungen	250.546	273.072	235.869	242.868	250.108
DE18: 18 = Ordentliches Ergebnis	2.301.866	2.279.340	2.316.543	2.309.544	2.302.304
DE21: 21. = Finanzergebnis	0	0	0	0	0
DE26: 26. = Jahresergebnis	2.301.866	2.279.340	2.316.543	2.309.544	2.302.304